## Stadt Cottbus / mesto Chosebuz Der Oberbürgermeister



Vorlagen-Nr.		
StVV	IV-062/07	
НА		

durch den Hauptausschuss
Datum
Beratungsfolge:  Datum  Dienstberatung Rathausspitze  22.05.2007  Dienstberatung Rathausspitze  Umwelt  Umwelt  07.06.2007  Hauptausschuss  20.06.2007  Stadtverordnetenversammlung  27.06.2007  Bau und Verkehr  Bildung, Schule, Sport u. Kultur  Dienstberatungsgegenstand:  Einbeziehungssatzung "Cottbus, Sielower Grenzstraße" − Ergänzendes Verfahren nach § 214 Abs. 4  Beratungsgegenstand:  Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  Den Maßgaben und Auflagen aus dem Bescheid des MSWV vom 08.01.2004 (GeschZ.: 23.3) zur Einbeziehungssatzung wird beigetreten.  Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Einbeziehungssatzung ist in der geänderten Planfassung
Dienstberatung Rathausspitze   22.05.2007   Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.   Umwelt   07.06.2007   Hauptausschuss   20.06.2007   Stadtverordnetenversammlung   27.06.2007   Stadtverordnetenversammlung   27.06.2007   Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:    Die Maßgaben und Auflagen aus dem Bescheid des MSWV vom 08.01.2004 (GeschZ.: 23.3) zur Einbeziehungssatzung wird beigetreten.   Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Einbeziehungssatzung ist in der geänderten Planfassung
Dienstberatung Rathausspitze   22.05.2007   Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.   Umwelt   07.06.2007   Hauptausschuss   20.06.2007   Stadtverordnetenversammlung   27.06.2007   Stadtverordnetenversammlung   27.06.2007   Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:    Die Maßgaben und Auflagen aus dem Bescheid des MSWV vom 08.01.2004 (GeschZ.: 23.3) zur Einbeziehungssatzung wird beigetreten.   Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Einbeziehungssatzung ist in der geänderten Planfassung
Haushalt und Finanzen  Recht, Sicherheit, Ordnung u. Petitionen  Wirtschaft  Bau und Verkehr  Bildung, Schule, Sport u. Kultur  Beratungsgegenstand: Einbeziehungssatzung "Cottbus, Sielower Grenzstraße" − Ergänzendes Verfahren nach § 214 Abs. 4  BauGB - Beitrittsbeschluss  Beschlussvorschlag:  Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  1. Den Maßgaben und Auflagen aus dem Bescheid des MSWV vom 08.01.2004 (GeschZ.: 23.3) zur Einbeziehungssatzung wird beigetreten.  2. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Einbeziehungssatzung ist in der geänderten Planfassung
Recht, Sicherheit, Ordnung u. Petitionen   Wirtschaft   12.06.2007   Stadtverordnetenversammlung   27.06.2007   27.06.2
Wirtschaft
Bau und Verkehr Bildung, Schule, Sport u. Kultur  Beratungsgegenstand: Einbeziehungssatzung "Cottbus, Sielower Grenzstraße" – Ergänzendes Verfahren nach § 214 Abs. 4 BauGB - Beitrittsbeschluss  Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  Den Maßgaben und Auflagen aus dem Bescheid des MSWV vom 08.01.2004 (GeschZ.: 23.3) zur Einbeziehungssatzung wird beigetreten.  Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Einbeziehungssatzung ist in der geänderten Planfassung
Beratungsgegenstand: Einbeziehungssatzung "Cottbus, Sielower Grenzstraße" – Ergänzendes Verfahren nach § 214 Abs. 4 BauGB - Beitrittsbeschluss  Beschlussvorschlag:  Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  1. Den Maßgaben und Auflagen aus dem Bescheid des MSWV vom 08.01.2004 (GeschZ.: 23.3) zur Einbeziehungssatzung wird beigetreten.  2. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Einbeziehungssatzung ist in der geänderten Planfassung
Beratungsgegenstand: Einbeziehungssatzung "Cottbus, Sielower Grenzstraße" – Ergänzendes Verfahren nach § 214 Abs. 4 BauGB - Beitrittsbeschluss  Beschlussvorschlag:  Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  1. Den Maßgaben und Auflagen aus dem Bescheid des MSWV vom 08.01.2004 (GeschZ.: 23.3) zur Einbeziehungssatzung wird beigetreten.  2. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Einbeziehungssatzung ist in der geänderten Planfassung
Einbeziehungssatzung "Cottbus, Sielower Grenzstraße" – Ergänzendes Verfahren nach § 214 Abs. 4 BauGB - Beitrittsbeschluss  Beschlussvorschlag:  Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  1. Den Maßgaben und Auflagen aus dem Bescheid des MSWV vom 08.01.2004 (GeschZ.: 23.3) zur Einbeziehungssatzung wird beigetreten.  2. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Einbeziehungssatzung ist in der geänderten Planfassung
<ol> <li>Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:</li> <li>Den Maßgaben und Auflagen aus dem Bescheid des MSWV vom 08.01.2004 (GeschZ.: 23.3) zur Einbeziehungssatzung wird beigetreten.</li> <li>Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Einbeziehungssatzung ist in der geänderten Planfassung</li> </ol>
Einbeziehungssatzung wird beigetreten.  2. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Einbeziehungssatzung ist in der geänderten Planfassung
Frank Szymanski
Beratungsergebnis des HA/der StVV:  Beschluss-Nr.:
einstimmig mit Stimmenmehrheit Tagung am: TOP:
Anzahl der <b>Ja</b> -Stimmen:
laut Beschlussvorschlag Anzahl der <b>Nein</b> -Stimmen:
mit Veränderungen (siehe Niederschrift)  Anzahl der Stimmenthaltungen:

Vorlagen-Nr.: IV-062/07

## Problembeschreibung/Begründung:

Das Verfahren nach § 214 Abs. 4 BauGB zur Ergänzung der Einbeziehungssatzung "Cottbus, Sielower Grenzstraße" zwecks Behebung des von der Gemeinde erkannten Mangels setzt in derjenigen Phase des Satzungsverfahrens ein, in der der Fehler erfolgt ist, hier beim Satzungsbeschluss, siehe Beschlussvorlage IV-061/07. Das Verfahren ist bis zur Wiederholung der Bekanntmachung in seinen Verfahrensschritten zu wiederholen.

Wiederholung der Bekanntmachung in seinen Verfahrensschritten zu wiederholen.				
Da das MSWV nach Abschluss der rechtsaufsichtlichen Prüfung mit Schreiben vom 08.01.2004 (GeschZ.: 23.3) Verletzungen von Rechtsvorschriften geltend gemacht hat, ist auch der Beitrittsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Cottbus, Vorlage Nr. IV-008/04 vom 31.03.2004 zu wiederholen. Durch die Maßgaben und Auflagen werden die Rechte der Planbetroffenen nicht tangiert, so dass eine erneute Bürgerbeteiligung nicht durchzuführen ist.  Die Maßgaben und Auflagen betreffen planungsrechtliche Festsetzungen und dienen der Klarstellung. In der Anlage 1 zur Beschlussfassung wurden die Maßgaben und Auflagen zusammengefasst und den Änderungsvorschlägen für die Einbeziehungssatzung gegenüber gestellt. Die Einbeziehungssatzung wurde in ihren Festsetzungen dahingehend überarbeitet und der SVV-Beschlussvorlage als Anlage 2 beigefügt. Aufgrund der seitdem unveränderten Sach- und Rechtslage wird der Stadtverordnetenversammlung empfohlen, den Beitrittsbeschluss zu den Maßgaben und zu den Auflagen entsprechend dem vorstehenden Beschlussvorschlag zu wiederholen und damit die Voraussetzungen für die Bekanntmachung und der rückwirkenden Inkraftsetzung zu schaffen.				
Anlagen Anlage 1 Maßgaben und Auflagen Anlage 2 Einbeziehungssatzung in der überarbeiteten Fassung zum Beitrittsbeschluss einschließlich Begründung				
Finanzielle Auswirkungen:  1. Gesamtkosten: keine	☐ Ja	⊠ Nein		
2. Sicherstellung der Finanzierung: entfällt				
3. Folgekosten: keine				